

Protokoll DV/MV 2.2015/16

vom Mittwoch, 16. März 2016, 19.30–22.00 Uhr, Coop Tagungszentrum, Muttenz

Von Gabriele Zückert



LVB-Delegierte: total 113, anwesend 63
weitere LVB-Mitglieder: ca. 110

Vorsitz: Roger von Wartburg

Traktanden:

1. Begrüssung, Übersicht, Stimmzähler

Statutarische Geschäfte

2. Protokoll der DV/MV vom 23. September 2015

Berufspolitische Geschäfte

3. Hauptthema: Sparen an der Bildung
 - 3.1 Referat von Daniel Lampart
Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SBG)

Statuarische Geschäfte

- 3.2 Lancierung von zwei LVB-Bildungsinitiativen
4. Diverses

1. Begrüssung, Übersicht, Stimmzähler

Roger von Wartburg heisst die anwesenden Delegierten und Mitglieder willkommen. Er begrüsst Daniel Lampart, den heutigen Referenten. Einen speziellen Gruss richtet er an Marc Rohner, Rektor des Gymnasiums Oberwil, an Monika Feller vom Vorstand der Schulleitungskonferenz Primar und die anwesenden Ehrenmitglieder.

Der Abend stehe im Zeichen eines klassisch gewerkschaftlichen Themas, erläutert R. von Wartburg. Da es zu einer Abstimmung kommen werde, schlägt er Monika Rohner und Christoph Studer als Stimmzähler vor. Sie werden in stiller Wahl gewählt.

R. von Wartburg präzisiert kurz die Traktandenliste und erklärt, dass das Traktandum 3.2. ein statutarisches Geschäft sei und nur die Delegierten stimmberechtigt seien. Es gibt keine Einwände seitens der Versammlung.

Statutarische Geschäfte

Stimmberechtigt sind die Delegierten.

2. Protokoll der DV/MV vom 23. September 2015

Das Protokoll wird ohne Gegenstimmen oder Enthaltungen genehmigt und der Verfasserin Gabriele Zückert verdankt.

Berufspolitische Geschäfte

3. Hauptthema:

Sparen an der Bildung

Er selber und zwei weitere Mitglieder der Geschäftsleitung hätten in der letzten Zeit das Vergnügen gehabt, an verschiedenen Veranstaltungen Daniel Lampart, den Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, referieren zu hören, erklärt R. von Wartburg. Er freue sich, einmal mehr einen hochkarätigen Gastredner präsentieren zu können, der erläutern werde, ob die Finanzlage der Kantone und im Speziellen des Kantons Basel-land wirklich so bedrohlich und schlecht

seien, wie oft in den Medien und von der Politik behauptet werde, und was man gegen klamme Kantonskassen tun könne.

3.1 Referat von Daniel Lampart Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB)

D. Lampart beginnt mit der Bemerkung, dass ausgerechnet Baselland wohl der schwierigste Kanton sei, was die Finanzen anbelange. In anderen Kantonen gebe es entweder keine grossen Schwierigkeiten oder eine einfache Lösung für das Problem. Baselland dagegen sei eine Knacknuss für finanzpolitische Analysen. Im Laufe des Referats zeigt D. Lampart Statistiken, die belegen, dass die meisten Kantone zu pessimistisch budgetieren und damit oft ohne erkennbare Not Sparrunden einläuten. Nachweislich habe die Schweiz keine Schulden, sondern verfüge über ein Nettovermögen von schätzungsweise 15'000 Fr. pro Einwohner. Den Staatsschulden von



250 Mrd. Franken stehe ein Staatsvermögen von ca. 410 Mrd. Franken gegenüber. Diese Vermögenswerte jedoch würden oft von Regierungen und Politik ausgeblendet, was die Staatsrechnung verfälsche.

Er erläutert die Mechanismen der Ökonomie, gemäss denen selbst Länder, die eigentlich keine Schulden machen müssten, eine Staatsschuld aufnehmen, damit die Wirtschaft laufe. Oft werde heute von den Regierungen vergessen, dass der Staat kein Unternehmen, sondern der Dienstleistung am Bürger verpflichtet sei. Statt Staatsrechnungen würden farbige Geschäftsberichte abgeliefert. Es brauche aber hier den Blick auf die ganzheitliche Volkswirtschaft. Diese sei in der Schweiz unbestritten gesund. D. Lampart sieht es als falsches Signal an, bei guter Finanzlage die Steuern zu senken, anstatt z.B. das überschüssige Geld in die Jugend zu investieren. Er konstatiert aber klar, dass umso vorsichtiger budgetiert werden müsse, je kleiner das Gebilde werde (Staat, Kanton, Gemeinde). In einer kleinen Gemeinde könne der Wegzug weniger Steuerzahler schon eine grosse Wirkung zeitigen.

Zur Situation in Baselland äussert sich D. Lampart wie folgt: Der Kanton werde potenziell unterbewertet. Der Fehler in der Budgetierung liege bei ca. -3.5%, d.h. es werde auch hier zu pes-

simistisch budgetiert. Politik mit Finanzplänen zu machen, die über vier Jahre liefen, sei mit einer grossen Fehlermöglichkeit behaftet. Wenn sich die Regierung dessen nicht bewusst sei, sei die Möglichkeit gross, dass sie immer wieder die gleichen Fehler in die gleiche Richtung begehe und damit ein Sparprogramm nach dem anderen einleite, obwohl es gar nicht nötig wäre. Die Motivation für diese Taktik der Politik liege darin, dass man nicht schlecht dastehen wolle, wenn das Budget überschritten werde. Andererseits sei es in der Tat erwiesen, dass der Kanton Baselland ein strukturelles Defizit von -1.6 % aufweise, das ziemlich eindeutig auf die Steuersenkungen von 2007 zurückzuführen sei. Dieses Defizit sei zwar nicht dramatisch, dennoch müsse sich die Regierung dazu etwas überlegen. Eine Steuererhöhung sei nicht zwingend die Lösung.

Er stelle bei Untersuchungen öfters fest, dass Zahlen nicht professionell erhoben würden und dadurch falsche Ergebnisse herauskämen. Bei einem Defizit, das nicht verschwinde, komme der ökonomische Klassiker zum Zug: In der Rezession mache man Schulden, während der Hochkonjunktur mache man ein Plus. Grössere Investitionen könnten ruhig über mehrere Generationen verteilt werden mit wirtschaftlich tragbaren Zinsen. Die Neuverschuldung müsse im Gleichschritt mit

dem Wirtschaftswachstum einhergehen. Baselland sei im Steuerbereich im oberen Drittel im Vergleich mit anderen Kantonen, international aber immer noch sehr gut dabei.

Das Argument, wonach Steuererhöhungen die Industrie vertreiben würden, stimme allenfalls für Holdinggesellschaften. In Umfragen seien die Steuern sonst nie für den Standort ausschlaggebend gewesen. Faktoren wie qualifizierte Arbeitskräfte, Kinderbetreuung und Arbeitswege hätten da einen viel grösseren Einfluss. Die Bildung der qualifizierten Arbeitskräfte sei Aufgabe der Lehrpersonen, deren Arbeit damit auch die Basis unseres Wohlstandes bilde. D. Lampart schliesst mit folgendem Fazit für den Kanton Baselland: Die Einnahmenseite ist mit einem systematischen Fehler von 3.5% behaftet. Diesen Fehler gelte es zu beheben. Eine gute Option sei es, mehr Leute in der Steuerverwaltung einzustellen, die genauer hinsehen würden. Ihr Gehalt würde durch die Zusatzeinnahmen mehrfach aufgewogen werden.

D. Lampart beantwortet im Anschluss an sein Referat noch Fragen:

Frage: Was wäre der Schaden, wenn man aus falschen Finanzplänen Sparprogramme bei den Schulen ableiten würde?

DL: Es dauere lange, bis man den Scha-

den konkret bemerke. Lehrpersonen hätten ein hohes Verantwortungsbewusstsein und würden auch bei immer widrigeren Zuständen nicht gleich weglaufen. Doch es sei schlecht für die Personalentwicklung. Der Staat brauche die besten Leute, die er durch sein Verhalten aber nach und nach verliere. Quantifizieren könne er den Schaden jedoch nicht.

Frage: Weiss der Kanton Baselland, dass es Sie gibt?

DL: Das stehe nicht im Vordergrund. Die Lehrpersonen selbst müssten die Problematik für den Kanton sichtbar machen. Sie müssten Selbstbewusstsein zeigen, da sie kraft ihrer Funktion die wichtigsten Leute im Land seien.

Ein Mitglied äussert sich dahingehend, dass an seiner Berufsschule schon jetzt Lehrermangel herrsche wegen der schlechteren Löhne im Vergleich zu anderen Kantonen.

Frage: Ist es Absicht oder Unvermögen der Regierungen, wenn man so falsch budgetiert?

DL: Es sei oft das Ziel, dass die Zahlen in die Medien kämen. Nachfragen würde sich bei den Regierungen wohl lohnen.

Frage: Der Service Public ist die Grundlage des Wohlstandes in der Schweiz. Wie gefährlich sind die TISA-Verhandlungen dafür?

DL: Sie seien per se gefährlich, weil sie geheim seien. Es sei ein völlig undemokratischer Prozess. Stefan Giger vom vpod kämpfe, unterstützt vom SGB-Sekretariat, gegen die Geheimnistueri an. Lehrpersonen müssten sich aber keine unmittelbaren Sorgen machen.

R. von Wartburg bedankt sich für den spannenden Beitrag und überreicht D. Lampart ein kleines Präsent.

Statutarische Geschäfte

3.2. Lancierung von zwei LVB-Bildungsinitiativen

R. von Wartburg erläutert, dass der LVB zum für ihn ungewohnten Mittel der Initiative greife und damit den politischen Weg einschlage, um der Negativspirale im Bildungswesen Einhalt gebieten zu wollen. Die Initiativen seien ein Konzentrat aus vielen Themen, die von Verbandssektionen, der Geschäftsleitung und dem Kantonalvorstand, aber auch von einzelnen Mitgliedern eingebracht worden seien. Die Initiativtexte seien in Zusammenarbeit von Geschäftsleitung, Kantonalvorstand und einem externen Juristen entstanden. Der LVB wolle ganz gezielt die Institution Volksschule als Ganzes stärken und schützen, er verfolge mit diesen Vorstössen keinerlei Partikularinteressen.

Dem LVB sei in den letzten Jahren immer wieder die Unausgewogenheit von Sparmassnahmen im Bildungsbereich aufgefallen. R. von Wartburg erwähnt einige Projekte, für die der Kanton viel Geld ausgegeben hat. Demgegenüber stünden an der Volksschule verlotterte Schulbauten und die Streichung selbst von Basisangeboten wie Schwimmstunden und Lagern. Da der LVB das Bildungssystem ganzheitlich sehe, müsse auch der heikle Punkt angesprochen werden, dass der Tertiärbereich zur Zeit Unsummen verschlinge (z.B. durch Bauprojekte wie den FHNW-Campus in Muttenz oder das neue Biozentrum der Universität Basel mit Kostenfolgen für den Kanton Baselland in jeweils dreistelliger Millionenhöhe), während beispielsweise die Sek Allschwil nur notsaniert werden könne und andere überfällige Sanierungen immer weiter hinausgeschoben würden. Ausserdem kosteten teilweise fragwürdige Investitionen unter den Labels «Bildungsreformen» und «Bildungsharmonisierung» ebenfalls sehr viel Geld. Die Politik werfe der Volksschule immer wieder vor, ein Kostentreiber zu sein. Der Bildungsbericht 2015 widerspreche dem aber klar: Die Kosten der Volksschule seien stabil. Es gebe Kräfte im Kanton, die an

den Schulen trotzdem noch mehr sparen wollten. Anhand des Beispiels von Grossbritannien, wo nur 7% der Schüler und Schülerinnen eine Privatschule besuchen, deren Abgänger dann aber in allen einflussreichen und prestigeträchtigen Berufsgruppen massiv überproportional vertreten seien, werde die Gefahr einer negativen gesellschaftlichen Entwicklung auch in der Schweiz deutlich, wenn man die Volksschule und die weiterführenden Schulen weiter schwächen würde. Dies will der LVB mit seinen zwei «pro Bildung BL»-Initiativen verhindern.

M. Weiss erläutert die Initiativen, deren Wortlaut die Delegierten anfangs der DV ausgehändigt bekommen haben (**siehe S. 8**).

Nach den Erläuterungen werden noch Fragen aus dem Publikum geklärt.

Initiative 1

Martin Rüegg stellt folgenden Antrag: Er möchte den Absatz 2 des Paragraphen streichen. Nach mehreren Gegenvoten aus der Versammlung wird abgestimmt.

Der Antrag wird mit 2 Ja, 56 Nein und 5 Enthaltungen abgelehnt.

Danach lässt M. Weiss über die Lancierung der Initiative 1 abstimmen. *Sie wird mit 58 Ja bei einer Gegenstimme und 4 Enthaltungen angenommen.*

Initiative 2

Nach zwei Verständnisfragen, auf die M. Weiss antwortet, wird über die Lancierung der 2. Initiative abgestimmt. *Sie wird mit 61 Ja, 2 Enthaltungen und ohne Gegenstimme angenommen.*

M. Weiss dankt allen Delegierten für die Unterstützung des Vorhabens und erläutert das weitere Vorgehen: Die Initiative wird zur Überprüfung bei der Landeskantlei eingereicht. Wenn die Überprüfung positiv ausfällt, wird mit der Unterschriftensammlung begonnen. Man könne sich im Anschluss an die Versammlung auf bereitgelegten Bögen für die Initiativkomitees einschreiben. Es gebe auch bereits ei-

Initiative 1

**Unterrichtspraxis statt Dauerreform und Bildungsbürokratie!
Bildungsressourcen gerecht verteilen und für das Wesentliche einsetzen!**

Version 1, über welche die Delegierten an der DV vom 16. März abgestimmt haben. Die überarbeitete und definitive Fassung finden Sie auf S. 20.

Das Bildungsgesetz vom 6. Juni 2002 wird folgendermassen ergänzt:

§12 a *Bildungsfinanzierung*

¹ Der Kanton und die Gemeinden stellen genügend finanzielle Mittel zur Verfügung, um die Qualität der Schulbildung nachhaltig zu garantieren. Sie gewährleisten bedürfnisgerechte Schulbauten sowie lehrplan- und lehrmittelgerechte Schuleinrichtungen.

² Sind Einsparungen im Bildungsbereich vorgesehen, so sind diese durch die nachfolgenden Massnahmen zu erzielen:

- a. Es ist auf die Einführung neuer überkantonaler Bildungsprojekte (insbesondere Reformprojekte) zu verzichten.
- b. Die weitere Beteiligung an laufenden überkantonalen Bildungsprojekten ist zu überprüfen.
- c. Mindestens 3% der angestrebten und nicht durch Massnahmen in den Bereichen a. und b. erzielbaren Einsparungen werden im Bereich der Dienststellen der kantonalen Bildungsverwaltung vorgenommen. Davon auszunehmen sind die Schuldienste gemäss § 56 und 57.
- d. Beim verbleibenden zu erzielenden Sparvolumen ist durch die Volksschule und die übrigen Schulstufen gemäss §3 Abs. 3 ein Sparbeitrag entsprechend ihrem Anteil an den durch Angebotserweiterungen entstandenen Kostensteigerungen während der jeweils fünf letzten Jahre zu leisten.
- e. Damit alle Schulstufen die in lit. d geforderten anteilmässigen Sparbeiträge erbringen können, sind nötigenfalls interkantonale Verträge durch Neuverhandlungen anzupassen. Die entsprechenden Sparanteile dürfen bis dahin nicht auf andere Schulstufen überwältzt werden.

Initiative 2

**Bildungsqualität für alle sichern!
Stopp dem Raubbau an der Volksschule!**

Version 1, über welche die Delegierten an der DV vom 16. März abgestimmt haben. Die überarbeitete und definitive Fassung finden Sie auf S. 20.

Das Bildungsgesetz vom 6. Juni 2002 wird folgendermassen ergänzt:

§12 b *Schutz essentieller Rahmenbedingungen*

Mit einer 2/3-Mehrheit des Landrates müssen Gesetze und Dekrete beschlossen sowie Verordnungen und Beschlüsse des Regierungsrates bzw. untergeordneter Instanzen genehmigt werden, die beabsichtigen, gegenüber dem Stand per 1. Januar 2016

- a. die Richt- und Höchstzahlen für Klassen gemäss § 11 und den entsprechenden Verordnungen zu erhöhen;
- b. die Kosten des Schulbetriebs über die in § 10 genannten Angebote und Unterrichtsmittel hinaus auf die Erziehungsberechtigten zu übertragen;
- c. die Anzahl der Lektionen der handwerklichen, gestalterischen und musischen Fächer zu senken;
- d. die Pflichtstundenzahlen der Lehrerinnen und Lehrer zu erhöhen oder die individuelle Vor- und Nachbereitungszeit pro Lektion zu kürzen.

ne eigene Website, eine Facebookseite und einen Twitteraccount.

M. Weiss fordert die Anwesenden nachdrücklich dazu auf, bei der Verbreitung und Unterstützung der Initiativen zu helfen: Beim Sammeln von Unterschriften, Mund-zu-Mund-Propaganda, indem sie Einträge auf Facebook oder Twitter kommentieren etc. Ausserdem werde Geld benötigt. Crowdfunding sei eine Möglichkeit, damit die Kampfkasse nicht so stark belastet werde und dadurch keine zusätzlichen Beiträge eingezogen werden müssten. Und selbstverständlich hoffe er auf positive Resonanz in der Stimmbevölkerung.

4. Diverses

Thomas Bretscher möchte, dass der LVB zwei Dinge angeht: Die abgeschaffte Altersentlastung belaste die älteren Lehrpersonen. Vor allem würden die zusätzlichen Ferientage für ältere Lehrkräfte über die EAF abge-

rechnet. Damit würden diese Tage im Falle von Überstunden, die oft auch gestrichen werden müssten, einfach wegfallen. Er sehe eine Möglichkeit, diese Ferientage über eine Stundenbuchhaltung abzurechnen. Ausserdem sehe er einen Tag der 5. Ferienwoche immer noch nicht umgesetzt. Vier Tage seien mit den verlängerten Osterferien und dem Auffahrtsfreitag kompensiert. M. Weiss antwortet, der LVB sei praktisch wöchentlich an diesem Problem dran. Es seien Lösungen im Raum, die vielleicht nicht für alle ganz befriedigend sein würden. Der LVB werde sich aber weiterhin dafür einsetzen, dass die Lehrpersonen zu den ihnen zustehenden Ferientagen kämen.

R. von Wartburg bedankt sich bei allen Anwesenden für die Teilnahme und Unterstützung. Er fordert die Mitglieder und Delegierten auf, sich am Ausgang mit LVB-Material wie Plakaten und Flyern einzudecken, sich in die

Listen für die Initiativkomitees einzutragen und weitere Mitglieder anzuwerben. Er erwähnt im Weiteren, dass die LVB-Geschäftsleitung ihre Löhne ebenfalls um 1% gesenkt hat aus Solidarität mit allen Lehrpersonen im Kanton.

R. von Wartburg bedankt sich bei der Geschäftsleitung für die intensive Arbeit, die sie in der letzten Zeit einmal mehr geleistet hat, speziell auch bei Isabella Oser, die sich mit unglaublichem Eifer in ihr anspruchsvolles Ressort eingearbeitet habe. Zum Abschluss bedankt er sich für die Dankesvoten aus dem Publikum und liest ein positives Feedback eines Konvents Vorstandes vor, dessen Schule von der LVB-Geschäftsleitung besucht und unterstützt worden war. Damit schliesst er die Sitzung.

Im Anschluss an die DV/MV wird ein Apéro offeriert.